

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Rgr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!“

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Rgr.

Der Septembervertrag und Hannover.

Hannover, 16. Jan. Unsere Kammern treten heute wieder zusammen, wie es scheint, nur zur Berathung und Beschlussfassung über den Septembervertrag. Denn es dürfte sich nicht bewähren, was in diesen Tagen durch die Neue Bremer Zeitung verbreitet wurde, daß das Ministerium ausführliche Vorlagen, betreffend die Organisationen und die Revision der Verfassung, alsbald machen werde. Freilich hat man davon gehört, daß eben in diesen Tagen die Organisationen ein Gegenstand eifriger und anhaltender Ministerialerörterungen gewesen. Diese aber haben sich wol lediglich auf die Frage bezogen, ob die Justizorganisation nebst Aemterverfassung durchzuführen, sei wozu das formelle Recht vorhanden ist, wogegen aber ein Bedenken darin liegt, daß die erforderlichen Gelder, wie behauptet wird, nur in der Voraussetzung bewilligt worden, daß die sämtlichen Reformen zur Ausführung gelangen. Das Ministerium wird sich in dieser Diät höchsten herbeilassen, die Kammern zu fragen: Wollt ihr nun diesen Theil oder nicht? Die Kammern mögen dann Ja oder Nein sagen, so ist das Ministerium gerechtfertigt wegen Dessen, was es thut oder nicht thut. An Revisionsvorlagen wird sicher für jetzt noch gar nicht gedacht. Es hat ohnehin an sich selbst mit diesem Punkte seine großen Haken, worüber unten noch ein paar Andeutungen.

Die brennendste Frage ist: werden die Kammern den Vertrag genehmigen oder nicht? Viele sehen dem Entscheide mit Spannung entgegen, jedoch ist diese und ist überhaupt die Theilnahme weder intensiv noch extensiv eine solche, wie es die Beschaffenheit des Gegenstandes wol erforderte. Die muthmaßlichen Folgen, die Bedenlichkeiten der Sache werden, wie es mir scheint, nicht in dem Maße bedacht und erwogen, das ihrer Größe angemessen wäre. Die Kammern werden nach aller Wahrscheinlichkeit genehmigen, wie man auch längst gesagt hat. Freilich regen sich die Antipathien um so stärker, je näher die Entscheidung rückt. Wie gering aber ihre Kraft ist, geht aus den vorgestrigen Beschlüssen der Commission hervor. Was aber dann? Wird die Genehmigung des Vertrags durch die preussischen und hannoverschen Kammern zu Verwickelungen, zu Wirren, zu politischen Neugestaltungen führen, und zu welchen? Wer weiß es! Dagegen wird aus und in dem Vergangenen und Gegenwärtigen Manches klarer und gewisser. Ich hebe Eins und das Andere hervor.

Als ein Irrthum erweist sich, daß man glaubte und sagte, das jetzige Ministerium werde der Vertragsgenehmigung Hindernisse entgegensetzen oder sie doch nicht fördern. Es hat sie aber gefördert. Man schloß zu viel aus der Annahme, daß König und Ministerium dem Vertrage sicher nicht geneigt wären, daß das jetzige Ministerium zu Oesterreich hinneige, daß es durch seine Lage darauf hingewiesen werde, wenigstens Aufschub zu suchen. Man sagte, wenn geschlossene Verträge auch gehalten werden müssen und wenn dieses Ministerium auch noch so redlich ist und sein will: ursprüngliche Bedenken fallen jetzt schwerer ins Gewicht, und die Voraussetzungen haben sich geändert, Unvorgesehenes ist dazwischengetreten. Man hat den Abschluß des Vertrags als einen politischen Sieg Preussens über Oesterreich genommen, die Sache nimmt eine politische Wendung und zwar mit einem Ausgange, der Hannover, ja ganz Deutschland schwer bedroht, und so ist es denn doch von hannoverscher Seite nicht gemeint gewesen. Bringt der Vertrag Zerwürfnisse, Spaltungen, Schwächung, Lähmung oder gar Zerstörung des Bundes und der Bundesverfassung, dann wird die Situation doch gar zu wesentlich verändert, die Existenz erscheint gefährdet, die hannoversche deutsche Politik verliert ihre Basis, wie soll man in Hannover regieren? Es geht nicht — d. h. dieses Ministerium kann seine Ziele nicht erreichen, kann nicht regieren ohne Bundesbeschlüsse, und woher sie nehmen, wenn der Vertrag Conflicte, eine Spaltung zwischen den nördlichen und südlichen Bundesstaaten herbeizieht? Allein das Ministerium hat die Sache so oder ähnlich entweder gar nicht aufgefaßt oder diese und ähnliche Erwägungen gegen andere doch nur leicht ins Gewicht fallen lassen, andern mehr Raum gegeben — genug, man hat sich über sein Verhalten im Irrthume befunden.

So viel ich zu ersehen vermag, hat man auch geirrt oder irrt noch, indem man annahm, Stüve und dessen Freunde würden dem Vertrage eine lebhaftere Opposition machen. Bis jetzt wenigstens scheint dies noch keineswegs geschehen zu sein. Sie haben sich in der That äußerst zurückhaltend, haben wol Bedenken, haben sich aber doch für die Genehmigung und mit Einem Worte so ausgesprochen, daß die dem Vertrage Abgeneigten dadurch eher unsicher als bestärkt und ermuthigt werden mußten, daß dabei nur fruchtloser Widerspruch herauskommen konnte. Die Beschlüsse der Zollcommission dürften dies bestätigen. Stüve hat selbst für die Genehmigung gestimmt, für seinen lediglich auf einiges Hinauschieben und Zu-

warten, zielenden Antrag haben nur vier Mitglieder gestimmt, und wenn er wirklich agitirt hätte, wenn es ihm Ernst gewesen wäre, würde es dann bei diesem Resultate geblieben sein? Dabei kann er sehr wohl seine Ansicht Herrn. Klunze und sonst Einem und Andern gegenüber lebhaft vertreten haben. Allein Propaganda hat er so wenig gemacht, daß er nicht sein obenabrückisches Organ benutzte und so leise, unentschlossen oder schwankend sich erklärt hat, daß selbst in den seinem engsten Freundeskreise nächststehenden Kreisen irgend sichere Kunde über seine Meinungen und Vorschläge nicht anzutreffen ist; ja aus der Zahl der ihm und seiner politischen Richtung Befreundeten, die sein Verhalten weder recht erklärlich gefunden noch gebilligt, soll ihm mehr als ein „Brutus, du schläfst!“ zugerufen worden sein.

Oesterreich will den Zollverein sprengen, wird Alles aufbieten, das Zustandekommen des Septembervertrags zu vereiteln! So ließen sich die meisten Stimmen, die meisten Blätter vernehmen. Es war das wie ein Glaubensartikel. Und dennoch, glaube ich, hat man, haben Oesterreichs Feinde und Freunde darin geirrt; die österreichischen officiellen Versicherungen sind nicht Phrasen, sondern ernstlich gemeint, die Wiener Conferenz hat jenen Zweck nicht, die österreichische Diplomatie hat weder in Hannover noch anderer Orten agitirt oder minirt, Oesterreich läßt den letztern eben wie vorhin den Zollverein zu Stande kommen, seine Politik ruht wirklich und wahrhaftig auf dem Gedanken: wir suchen in Berlin zur Verwirklichung unserer handelspolitischen Ideen zu gelangen, und werden um so eher dazu gelangen, wenn zuvor der Zoll- und der Steuerverein sich verbünden haben, denn wir haben es dann nur noch mit einer Gruppe, statt mit zweien zu thun. Man sagte: Oesterreich hat ohne Zweifel den Fehler erkannt, daß es einst den Zollverein zu Stande kommen ließ. Es kann ihm nicht entgangen sein, daß durch den Septembervertrag die preussischen Unionsbestrebungen eine neue solidere Grundlage erhielten und auf derselben von neuem begannen. Es kann und wird sie nicht gelingen lassen. Es strebt selber die Hegemonie an, ist einigermaßen in ihrem Besize, wird sie nicht an Preußen dahingeben. Preussens Politik war, die Nationalversammlung zur Realisirung seiner Vergrößerungswünsche und Pläne zu benutzen; als dies mißlang, suchte sie den Bund aufzulösen und aus den disjectis membris sich neu und stärker aufzubauen, durch Militär- und andere Conventionen, durch die Union; sie sträubte sich aufs äußerste gegen die Herstellung des Bundestags und nachdem sie genöthigt worden, denselben wieder anzuerkennen und zu beschicken, hat sie — was klarer und immer klarer geworden ist — Alles gethan was sie konnte, in Frankfurt nichts zu Stande, den Bund nicht zu Kräften, zu eigentlichem Leben und Bedeutung kommen zu lassen; der Septembervertrag hat die Tendenz seiner weitem oder völligen Lähmung, sie würde durch sie an ihr Ziel gelangen. Das Ziel Oesterreichs ist aber das entgegengesetzte. Das Hinderniß der österreichischen handelspolitischen Ideen und Pläne liegt nicht in Hannover, sondern in Preußen. Hätte sich dieses mit Oesterreich darüber geeinigt, so müßte Hannover von selbst folgen. Hat aber Preußen den Vertrag mit diesem, so kann es den Süden entbehren, dürfte sogar auf dessen Abtrennung gern hinwirken, um zunächst einen handelspolitischen norddeutschen Staat zu bilden, indem es den Freihandelsprincipien sich näherte und so ganz leicht auch noch andere, wie Hamburg, hereinzöge. Eben darauf kommt es ihm an. Am Süden ist ihm nicht gelegen. Die Voraussetzung, daß auch die süddeutschen, jetzt noch zum Zollvereine gehörenden Staaten seiner politischen Suprematie verfallen würden, hat sich als fehlsam erwiesen. Es hat nun seine ganze Kraft auf den Norden geworfen, und wenn die süddeutschen Staaten auf der Zollconferenz in Berlin ungenehme Bedingungen vorbringen und sich nicht völlig fügen, wenn Oesterreich dort mit seinen Anträgen auftritt, nachdem der Septembervertrag eine vollendete Thatsache geworden, so wird Preußen, verstärkt durch den Bund mit Hannover und vor dem Ziel seiner nächstliebsten Wünsche stehend, zu dem Allen Nein sagen, sich dießseits des Main so gut und so weit es gehen will mit den nord- und mitteldeutschen Staaten abschließen, und mit welchem Rechtsgrunde könnte es daran gehindert werden, oder welcher Entschluß, und wie viel sonst würde dazu gehören, ihm Gewalt entgegenzusetzen? — Aus diesen Prämissen zog man seine Schlüsse, und ist doch im Irrthume gewesen. Die österreichische Politik war und ist die, die man am liebsten von ihm erwartet hätte.

Deutschland.

Wie der Preussischen Zeitung aus Frankfurt a. M. geschrieben wird, ist in der Sitzung des Bundestags am 12. Jan. ein Antrag, welchen das Königreich Sachsen wegen Erlass eines allgemeinen deutschen Patengesetzes gestellt hat, nebst dem zugleich vorgelegten Gesetzentwurf dem handelspolitischen Ausschusse überwiesen worden.